

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

164 (7.4.1917) Abendblatt, Zweites Blatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zweifach. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen M. 3.—, in das Haus gebracht M. 3.30, durch die Post bezogen ohne Zustellunggebühr M. 3.— gegen Vorauszahlung.
Anzeigengebühr: Die einpaltige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., Restameile 10 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.
Anzeigen-Nachnahme: in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. B., Giesstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter Günther; für badische unpolitische Angelegenheiten, Nachrichten, Gerichtsamt, Sport, Handel und legte Drachberichte Carl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.
Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/10 bis 1/11 Uhr, nachmittags 1/5 bis 1/6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.
Rotationsdruck und Verlag: der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Giesstraße 9, Karlsruhe.

Nr. 164

Zweites Blatt.

Karlsruhe, Samstag, 7. April 1917

76. Jahrgang.

Abendblatt.

Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann über das parlamentarische System.

Der Sprecher der nationalliberalen Reichstagsfraktion in der großen Verfassungsdebatte vom 29. März, Abg. Dr. Stresemann, gibt in einem längeren Aufsatz, den die „National-liberalen Beiträge“ verbreiten, bemerkenswerte Ergänzungen zu den Sätzen, die er in seiner Reichstagsrede dem Problem des parlamentarischen Regierungssystems gewidmet hatte. Der Artikel greift das Wort vom „Krieg der Advo-katen gegen die Könige“ auf, das Professor Nothke auf dem Berliner Bismarckkongress angeführt hatte, um daran ein scharfes Verdamnisurteil über das parlamentarische System zu knüpfen, das in den sogenannten demokratischen Ländern keine Schädlichkeit zur Genüge erwiesen habe. Gegen diese Behauptung erhebt Stresemann entschiedenen Widerspruch. „Aus taktischen Rücksichten zunächst!“ schreibt er. „Denn es scheint mir noch gerade, als wenn einzelnen unserer Politiker und Professoren jedes Augenmaß dafür verloren gäbe, daß wir diesen Krieg nicht allein führen, sondern an der Seite von verbündeten Völkern und Rändern, auf deren Empfindungen Rücksicht zu nehmen doch wohl in einem so blutigen Kampfe das erste Erfordernis politischen Taktik sein dürfte.“

Aber auch sachlich läßt sich die Kritik Professor Nothkes nicht rechtfertigen, wenn man sich vor Augen hält, daß die von dem „schädlichen“ parlamentarischen System beherrschten Staaten leider Lager einer Widerstandsfähigkeit und einer Einsicht von Volk und Regierung zeigen, die viele nicht er-wartet haben. „Wäre unser eigenes Regierungssystem“, fährt Stresemann fort, „so gar nicht reformbedürftig, hätte es alle Ansprüche erfüllt, die man daran stellen könnte, dann wäre es doch nicht gut möglich, daß die tiefe innere Erregung über viele diplomatische Mißerfolge, die Deutschland leider erlitten hat, so allgemein im deutschen Volk wäre. Wenn das parlamentarische System andererseits so schädlich und ver-bäulich für ein Volk ist, dann ist es doch mindestens eigenartig, daß das parlamentarisch regierte England eine Weltkoalition gegen uns zusammenbringt, während Deutschland gegen zwei Länder kämpfen muß, mit denen es mehr als 30 Jahre zusammen verbündet gewesen ist. Die Zusammenfassung der gesamten Volkskraft, das höchste Pflichtgefühl eines Volkes für seine Freiheit haben Bulgarien, die Türkei und Ungarn, aber auch Frankreich und England gewiß ebenso gezeigt, wie Deutschland und Oesterreich.“

Die Stellung der nationalliberalen Partei zu dem von ihm behandelten Problem aber umschreibt Stresemann in folgenden Sätzen:

Für die nationalliberale Partei ist die Frage des parlamentarischen Systems keine Parteifrage. Ich habe das in meinen Ausführungen über dieses Thema im Reichstag ausdrücklich betont und hinzugefügt, daß gerade über die Zweck-mäßigkeit des parlamentarischen Systems für Deutschland innerhalb der nationalliberalen Partei weitgehende Meinungs-verschiedenheiten beständen. Man könnte die Frage aufwerfen, ob es nötig gewesen wäre, bei der Beratung des Verfassungsaus-schusses dieses Problem überhaupt zu erörtern. Ich hielt es für nötig, weil ich mir sagte, daß es angeht unseres Bündnisses mit Ländern parlamentarischer Regierungsform unumgänglich sei, daß derart verächtliche Anschuldigungen, wie sie aus dem Herren-haus gegenüber diesem System erklingen sind, innerhalb der Volkvertretung unbeantwortet bleiben, da wir keine Ver-anlassung haben, unsere weltpolitische Situation noch schwieriger zu machen, als sie gegenwärtig ist. Ich hielt es weiter für not-wendig, sachlich und berechtigte Angriffe gegen diese Regierungsform zurückzuweisen, da aus der kritiklosen Wiederholung derartiger Angriffe eine falsche Selbstvertrauenheit in bezug auf uns selbst hervorgehen kann, zu der keine Veranlassung vorliegt. Von dieser Zurückweisung und der Anmerkungen unbestreitbarer sachlicher Vorzüge des par-lamentarischen Systems bis zur Forderung seiner Einführung in Deutschland ist ein weiter Schritt. Zwischen dem heutigen Re-gierungssystem und dem reinen parlamentarischen System liegt eine Fülle verfassungsmäßiger Entwick-lungsmöglichkeiten. Entspricht doch die heutige Reichs-verfassung durchaus nicht den Anforderungen, welche die national-liberale Partei unter Bismarcks Führung ein- gestellt hatte. Gewiß hat Deutschland, das kein Einheitsstaat, sondern Bundesstaat ist, infolge seiner geschichtlichen Ent-wicklung, die auch in seiner Parteierkennung zum Ausdruck kommt, eine andere Struktur als diejenigen Länder, auf die, wie in England, das parlamentarische System zurückzuführen ist, oder bei denen die politische Parteierkennung sich diesem System ange-paßt hat. Aber es besteht keinerlei Veranlassung, die Dinge so darzustellen, als wenn diejenigen Länder zusammenbrechen und an innerer Teilnis leiden müßten, die das parlamentarische System eingeführt haben, während alles in Deutschland beruht und untrübselig verläuft, und sich bewährt hätte. Eine Ver-besserung unseres Systems wird gerade angesichts der Erfahrungen des Weltkrieges zum mindesten nach der Richtung hin erfolgen haben, inwieweit ein engerer Zusammen-hang zwischen Volk, Volkvertretung und Re-gierung herbeizuführen und den großen weltbewegenden Interessen dienlich zu machen ist.“

Freiheiten gegen Holland.

Dr. Haag, 5. April. Meldung der „Niederländisch Tele-gramm-Agentur“. Der „Nieuwe Courant“ schreibt: Falls die Franzosen die Intervention der Italiener beim Minister des Aussenwerts in London wegen der Strafverfolgung des Chefredakteurs Schröder richtig sei, habe man es mit einem ängstlichen Versuch der Einmischung in die inneren Ange-

legenheiten Hollands und überdies in die holländische Recht-sprechung zu tun, die selbst gegen einen Eingriff von Seiten der eigenen Regierung geschützt sein sollte. — Das „Allgemeine Hand-elsblatt“ schreibt in einem Artikel anlässlich der Intervention des französischen und italienischen Gesandten beim Minister des Aussenwerts in London: „Der Angelegenheit Schröder: Wir betrachten diese Einmischung in unsere niederländische Recht-sprechung durch Vertreter ausländischer Mächte als unge-bhörig. Der „Telegram“ ist, so viel wir wissen, eine nieder-ländische Unternehmung und Schröder ein niederländischer Untertan. Wenn die Gesandten glauben, daß ihre Einmischung irgendwelchen Einfluß auf die Lösung unserer Richter haben wird, so täuschen sie sich, und sie erschweren es nur dem Obersten Gerichtshof, einen triftigen Grund für die Kassation der Urteile zu finden.“

Zeichnet die sechste Kriegsleihe!

Beschlagnahme feindlichen Eigentums in Frankreich.

O Bern, 7. April. Der Deputierte Buch, Mitglied des Bud-getauschusses der französischen Kammer berichtet im „Matin“, daß die französische Regierung einen Beschlagnahme eingeleitet habe, nach dem die Regierung durch Verordnung die Güter feindlicher Untertanen requiriert habe als Bese-tzung für die von Deutschland vorgenommene Konfiskation fran-zösischer und englischer Liegenschaften und Unternehmungen in Deutschland.

Lügen und Verleumdungen.

Dr. Berlin, 6. April. (Ankündigung) Ende Januar berichtete „Berders-Gang“, norwegische Seelen, die von „U 48“ aufgenommen worden sind, hätten an Bord des U-Bootes ver-schiedene Silberwaren gesehen, die aus dem Privatvermögen der Besatzungen der verstorbenen norwegischen Dampfer „Borg-holm“ und „Holma“ herriührten.

Die eingeleitete Untersuchung ergab die Unwahrheit dieser Behauptung. Wahr ist folgendes: Auf dem Unterseeboot war infolge des Seesangs ein großer Teil des Geschirrs zer-schlagen. Aus diesem Grunde wurde aus der Ausrüstung des Dampfers „Borgholm“ eine ganz gewöhnliche Tee-kanne, sowie mehrere Teller und Tassen geborgen und an Stelle des zerfallenen Geschirrs auf dem U-Boot in Gebrauch genommen. Von dem Dampfer „Holma“ wurde kein Geschirz übernommen. Den norwegischen Seelen ist bei ihrem Antritt auf dem U-Boot das Vorhandensein des Geschirrs anzu-gewiesen worden. Sie haben gesehen, daß die geborgenen Gegenstände zur Ergänzung der Ausrüstung des U-Bootes benötigt wurden. Das hat sie nicht gebindert, in ihren Erzäh-lungen aus dem Geschirz Silberwaren zu machen und derart zu berichten, daß „Berders-Gang“ meint: Die norwegische Sprache hat leider für das Benehmen der U-Bootsmannschaft kein anderes Wort als Diebstahl! Wird „Berders-Gang“ nach dieser Aufklärung ein richtiges Wort für das Benehmen seiner Gewährsleute finden?

Eine Verschwörung gegen König Konstantin.

Berlin, 5. April. Die letzte Nummer des Athenes Blattes „Neologos“ enthält, laut „Not.-Btg.“, aufsehenerregende Mit-teilungen über eine von venezianischer Seite angezettelte Ver-schwörung gegen das Leben des Königs Konstantin von Griechenland. Wie die Zeitung erzählt, wurden von der venezianischen Regierung vor einigen Wochen drei Offiziere in geheimer Mission nach Alt-Griechenland geschickt. Unter dieser Offizieren, die zu den Anhängern Benizelos zählten, befand sich auch ein Neffe des venezianischen Kriegsministers Danzlis. Es wurden ihnen verbriefte Instruktionen mitge-gaben, die sie erst bei der Landung öffnen durften. Als die Offiziere in Korinth anlangten und die erhaltenen Befehle öffnete-n, fanden sie, daß sie mit der Aufgabe betraut worden seien, Kō-nig Konstantin zu ermorden. Während die beiden Kom-mandanten in Korinth Anstalten zur Vorbereitung trafen, um den erkrankten verbrechenden Anschlag auszuführen, bekam der Neffe des Generals Danzlis Gewissensbisse. Er fühlte, daß er nicht den Mut haben würde, den Anschlag auszuführen und fuhr deshalb heimlich nach Athen, wo er dem Kronprinzen Georg den ganzen Plan des Anschlages ent-hüllte. Die anderen beiden Offiziere kopierten, als sie von seiner Rede erfuhr, sofort Verhaftung, daß ihr Vorhaben ver-raten worden sei und führten eilig nach Soloniki zurück. Das Athenes Blatt, das die Unerschlichkeit dieser Meldung veröffent-licht, erklärt, daß es zwar nicht sicher aber sehr wahrscheinlich sei, daß dieses im letzten Augenblick vereitelte Komplott im Zusammen-hang mit dem General Corrales von Benizelos geschmiedet wurde, dessen plötzliche Mordanschlag gewußt. Die Geschichte dieses Kom-plotts ist jedenfalls heute besonders interessant angesichts der auf Befehl Corrales vorgenommenen Erschießungen von griechischen Offizieren und Geistlichen, die angeblich in einem heftigen Me-tter ein heimliches Waffendepot errichtet und Angriffe auf französische Patrouillen unternommen hätten. Es scheint, daß die griechische Frage in Frankreich wieder in den Vordergrund rückt. Es ist wieder von der Verhaftung des Corrales-Herren im Süden durch die Griechen die Rede, obwohl diese ihr ganzes Ge-zir nach dem Peloponnes abtransportiert haben und offenbar ist wieder einmal ein Anschlag auf das unglückliche Land in Vor-bereitung.

Beschränkung des Bargeldverkehrs. Wegfall des Geldwechsels.

Karlsruhe, 7. April.

In hiesiger Stadt befindet sich zur Zeit ein neues System des bargeldmindernden Zahlungsverkehrs mit Vermeidung des Geldwechsels in Einführung. Die Wechsler, Bäder, Spegereihändler, Drogerhandlungen usw. stellen Luitungs-karten oder Kundenbüchlein auf den Namen des Kunden im Betrag von 5 M oder höheren Summen aus, die letztere als Vorauszahlungen leisten. Auf der Rückseite der Karten werden die Geldbeträge für die Warenentnahmen unter-einander aufgeschrieben, bis der addierte Betrag die Summe von 5 M usw. je nach der Karte nahezu erreicht oder besser etwas überschreitet. Der kleine Restbetrag wird dem Kunden bar aus-bezahlt oder besser der überschrittene Betrag auf eine neue Luitungsart eingetragenen.

Für die Geschäftsleute erwächst der Vorteil, daß sie im voraus Zahlungen und ständige Kunden erhalten, die sie, was wichtig ist, auch nach Friedensschluß er-halten können, wenn kein Kundenzwang mehr existiert.

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter können sich an den Zahlungen Karten, die vorausichtlich bis zur nächsten Gehalts- oder Lohnzahlung reichen, lösen und damit die Kosten der Ernährung ihrer Familien bis zum nächsten Zahlungstag bestreiten und dadurch die Sicherheit stellen.

Für die Hausfrauen erwächst der Vorteil, daß selbst kleine Kinder mit den Karten zur Abholung der Waren geführt werden können, ohne befürchten zu müssen, daß sie Geld ver-lieren oder daß es ihnen unterwegs genommen wird.

Die Hausfrau hat immer die Kontrolle über die Aus-gaben. Der Verkehr im Laden wickelt sich dadurch, daß nicht gewechselt werden muß, viel rascher ab. Denn das Aufschreiben der 3 Zahlen auf die Karte und in die Tagesliste des Geschäftes erfordert viel weniger Zeit als das Geldherausgeben, nament-lich bei den kleinen oft geknüttelten Ein- und Zweimarktschei-nen, wie durch Versuche festgestellt wurde.

Welche Bedeutung diese Sache haben kann, geht daraus her-ber, daß, wenn nur ein Viertel der hiesigen Familien auf diese Weise ihre täglichen Bedürfnisse bezahlt, in hiesiger Stadt 30 000 M täglicher Bargeldumlauf und im Monat ein solcher von 1 Million in Wegfall kommt, was jedenfalls der für die schwierige Beschaffung von kleinen Scheinen und Scheid-münzen zuständigen Reichsstelle hoch erwünscht wäre.

Da das ganze Verfahren keinen Zwang mit sich bringt, kann es jederzeit ganz oder teilweise verlassen werden. Wenn der Kunde augenblicklich nicht in der Lage ist, sich eine neue Karte zu lösen, so kann er auch weitermachen wie bisher mit Bargeld kaufen. Aus diesen angeführten Gründen kann die Einführung und Verbreitung des Systems nur dringender empfohlen werden.

Arbeitsfähige Lazarettinsassen für die Kriegswirtschaft.

Es wird uns geschrieben: Vor einiger Zeit wurde über die Erfolge berichtet, die durch Beschäftigung der Verwundeten außerhalb der Lazarette in Berlin erzielt worden sind.

Die wohl bekannt, sind dahingehende Anordnungen aus dem Kriegsministerium seit Monaten getroffen worden und haben die erfreulichsten Ergebnisse gezeigt. Durch diese Arbeitsleistungen in den gewerblichen Betrieben wird aber nicht nur der sich leicht durch längeren Lazarettaufenthalt einstellende Arbeitsmangel in erfolgreicher Weise ausgeglichen, sondern vor allem wird dadurch die Leistung unserer Kriegswirtschaft wirksam unterstützt und damit indirekt die Möglichkeit des weiteren Erfolges unserer Waffen und des Durchhaltens in der Heimat gefördert.

Das Freinommen von Kräften für den Frontdienst ist dabei abhängig, daß die Ausführung der zur Unterstützung der Tätig-keit der kämpfenden Truppen nötigen Arbeiten in der Heimat durch die vorhandenen Arbeitskräfte auch gewährleistet wird. Es ist zwecklos, die Bedienungsmannschaft eines Geschützes an die Front zu schicken, wenn nicht gleichzeitig die fortwährende Fertigung der nötigen Geschosse aus der Heimat sichergestellt ist, es ist zwecklos, eine frische Ersatztruppe hinauszuenden, wenn nicht mit Sicherheit für den Nachschub der nötigen Nachmittelsmittel gesorgt hat und ständig forgt.

Gerade in diesen Tagen sind in Karlsruhe Bestrebungen im Gange, um Mädchen, die jetzt in der Stadt in der Familie eine Dienststellung angenommen haben, für die Verwendung unserer Felder frei zu machen. Natürlich wird das in größerem Umfang gelingen, wenn man in der Lage ist, für die frei-werdende Stelle Ersatz zu schaffen.

Das ist aber sehr wohl möglich, und zwar im weitesten Umfang. Warum müssen denn gerade weibliche Hilfskräfte durchs Haus Watren sortieren, Munitionsschichten flechten, Zou-arten ordnen und dergleichen einfache Arbeiten ausführen, während in den Lazaretten gerade hierfür geeignete Leicht-verwundete oder nach schwerer Verwundung wieder zu derartigen Arbeiten fähige Soldaten jugendweise, wenn nicht zu hunderten verfügbar sind, die ihre ja immerhin nicht vollwertige Arbeits-kraft jetzt nicht verwenden können? Da heißt es Men-orientierung! Heraus aus den Fabriken mit allen den Mädchen, die im Haushalt das auf dem Land so notwendige Mädchen erleben können. Dafür Einrechnung unserer arbeitsfähigen Lazarettinsassen, die so gern mit dem Geld für ihre Arbeit ihre schwer mit den täglichen Sorgen ringenden Angehörigen unterstützen wollen.

Der Gewinn ist ein dreifacher: Kräfte für die Landwirtschaft, Kräfte für die Hausarbeit, Kräfte für die Kriegswirtschaft.

